

# Wie entstehen kommunale Eingriffe?

Bissendorf, 20. Mai 2022

Dr.-Ing. Jörg Lenk

VEH-Referent für Technik- und Umweltfragen

# Kommunale Eingriffe - Varianten

- **Satzungsbestimmungen (Verbrennungsverbote) in Bebauungsplänen (Ortssatzungen) - BauGB**
- Festlegung von Emissionsgrenzwerten bzw. Verbrennungsverboten in Verordnungen - LImSchG
- **Anschluss- und Benutzungszwänge für Fern- / Nahwärme (ggf. Gas/Strom) – Gemeindeordnung (GO)**
- Landes-Verordnungen (zeitweilige oder dauerhafte Verwendungsverbote für Kleinf Feuerungen) - BImSchG
- **Die Flucht ins Privatrecht (z.B. Grundstückskaufverträge)**
- Luftreinhaltepläne - BImSchG

# Bisher bekannte kommunale Eingriffe (Länder und Deutschland gesamt)



Bundesland	Anzahl
Baden-Württemberg	512
Bayern	114
Berlin	135
Brandenburg	20
Bremen	1
Hamburg	19
Hessen	98
Mecklenburg-Vorpommern	47
Niedersachsen	92
Nordrhein-Westfalen	103
Rheinland-Pfalz	100
Saarland	6
Sachsen	42
Sachsen-Anhalt	21
Schleswig-Holstein	29
Thüringen	163
<b>Deutschland</b>	<b>1502</b>

**Stand: 18. Mai 2022**

# Kommunale Eingriffe - Varianten

## **Satzungsbestimmungen (Verbrennungsverbote) in Bebauungsplänen (Ortssatzungen) – Baugesetzbuch - BauGB**

Neugefasst durch Bek. v. 3.11.2017 | 3634

zuletzt geändert durch Art. 2 G v. 26.4.2022 | 674

# Kommunale Eingriffe - Varianten

## § 9 Inhalt des Bebauungsplans

(1) Im Bebauungsplan können aus städtebaulichen Gründen festgesetzt werden:

[...]

23. Gebiete, in denen

a) zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes bestimmte Luft verunreinigende Stoffe nicht oder nur beschränkt verwendet werden dürfen,

b) bei der Errichtung von Gebäuden oder bestimmten sonstigen baulichen Anlagen bestimmte bauliche und sonstige technische Maßnahmen für die Erzeugung, Nutzung oder Speicherung von Strom, Wärme oder Kälte aus erneuerbaren Energien oder Kraft-Wärme-Kopplung getroffen werden müssen,

[...]

(6) Nach anderen gesetzlichen Vorschriften getroffene Festsetzungen, gemeindliche Regelungen zum Anschluss- und Benutzungszwang sowie Denkmäler nach Landesrecht sollen in den Bebauungsplan nachrichtlich übernommen werden, soweit sie zu seinem Verständnis oder für die städtebauliche Beurteilung von Baugesuchen notwendig oder zweckmäßig sind.

# Kommunale Eingriffe - Varianten

## **Satzungsbestimmungen (Verbrennungsverbote) in Bebauungsplänen (Ortssatzungen) – BauGB**

### **Beispiele:**

# 78050 Villingen-Schwenningen (Bereiche „Hammerhalde“, „Kopsbühl“, „Deutenberg“ und „Wöschhalde“)

- Insgesamt 16 B-Pläne: Verbrennungsverbot von festen und flüssigen Brennstoffen (§ 9 Abs. 1 Nr. 23 BBauG bzw. § 73 Abs. 2 Nr. 3 LBO) im Zeitraum von 1973 bis 1994
- Beschlusses des VGH BW vom 30. Mai 1994 (!): "Der Bebauungsplan "Hammerhalde" vom 05. September 1973 wird für nichtig erklärt,
- Im Zeitraum von 2006 bis 2009 wurde mehrfach und vergeblich darum gerungen, die bestehenden Verbrennungsverbote aufzuheben
- Diverse Anträge aus den Ratsfraktionen zur Aufhebung

# 45772 Marl – DUH-Antrag „Einführung einer Filterpflicht für Holzöfen“ vom 29.09.2021



- 15. März 2022: Zufällige Recherche im Ratsinformationssystem (RIS):
- Beschlussvorlage 2022/0078 "Antrag der DUH e.V. zum Erlass von Satzungen oder Bebauungsplänen zur Schaffung von Filterpflichten für Holzöfen,,

<b>Beratungsfolge:</b>	
<b>Umwelt- und Nachhaltigkeitsausschuss (Umwelt, Grünflächen, Klima und Mobilität)</b>	<b>02.03.2022</b>
<b>Stadtplanungsausschuss (Wirtschaft, Arbeit, Bauen, Digitalisierung und Verkehrsinfrastruktur)</b>	<b>10.03.2022</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>15.03.2022</b>
<b>Rat</b>	<b>17.03.2022</b>



# 45772 Marl – DUH-Antrag „Einführung einer Filterpflicht für Holzöfen“ vom 29.09.2021



- Es war anzunehmen, dass der Rat am 17. März 2022 dem auf Seite 2 der Vorlage 2022/0078 formulierten Beschlussvorschlag folgen wird:

## Beschlussvorschlag

Der Rat stimmt einer Verschärfung der Regelungen zur Begrenzung von Feinstaubemissionen zu.

Der Rat beauftragt die Verwaltung in künftigen Bebauungsplänen Regelungen aufzunehmen, die die Feinstaubemission auf Werte der WHO<sup>1</sup> / blauen Engel entsprechend der Leitlinie DE – ZU 212 des Bundesumweltamtes begrenzen.

# 45772 Marl – DUH-Antrag „Einführung einer Filterpflicht für Holzöfen“ vom 29.09.2021



## Reaktionen am 16. März 2022:

- Mail ZVSHK an Bürgermeister sowie Stadträtinnen und Stadträte
- Mail HKI an Bürgermeister sowie Stadträtinnen und Stadträte

## Zwischenergebnis:

- Aus der Antwort vom 17.03.2022 an den HKI: ***Der Stadtrat in Marl hat heute seine Beschlussfassung zum Thema verschoben, um auch ihren Argumenten noch einmal Raum zu geben für Erörterungen im Fachausschuss.***
- Ratssitzung am 5. Mai 2022, TOP 4: ***Antrag des ZVSHK zählt zu den Sitzungsunterlagen***
- ***Ergebnis unbekannt***

# Exkurs: DUH-Städteliste „Kein Ofen ohne Filter“ vom 29. September 2021



Deutsche Umwelthilfe

## Städteliste „Kein Ofen ohne Filter!“ DUH-Anträge für eine Filterpflicht für Kaminöfen

Antrag verwendet an Stadt	Anlass: Klimanotstand ausgerufen und/oder deutliche Überschreitung der WHO-Empfehlungen laut EEA-Städteranking
1 Aachen	Klimanotstand
2 Aschaffenburg	Städteranking der Europäischen Umweltagentur
3 Augsburg	Städteranking der Europäischen Umweltagentur
4 Bad Hersfeld	Klimanotstand
5 Bad Segeberg	Klimanotstand
6 Bamberg	Städteranking der Europäischen Umweltagentur
7 Berlin	Klimanotstand/Städteranking der Europäischen Umweltagentur
8 Bielefeld	Klimanotstand
9 Bochum	Klimanotstand
10 Bonn	Klimanotstand
11 Braunschweig	Klimanotstand
12 Brandenburg an der Havel	Städteranking der Europäischen Umweltagentur
13 Bremen	Städteranking der Europäischen Umweltagentur
14 Bremerhaven	Städteranking der Europäischen Umweltagentur
15 Bielefeld	Klimanotstand
16 Coblenz	Städteranking der Europäischen Umweltagentur
17 Darmstadt	Städteranking der Europäischen Umweltagentur
18 Dortmund	Städteranking der Europäischen Umweltagentur
19 Dornbirn	Klimanotstand
20 Dresden	Städteranking der Europäischen Umweltagentur
21 Düsseldorf	Klimanotstand/Städteranking der Europäischen Umweltagentur
22 Eichweide	Klimanotstand
23 Emmen	Klimanotstand
24 Erfurt	Städteranking der Europäischen Umweltagentur
25 Erlangen	Klimanotstand
26 Essen	Städteranking der Europäischen Umweltagentur
27 Eutin	Klimanotstand
28 Fehmarn	Klimanotstand
29 Frankfurt (Oder)	Klimanotstand/Städteranking der Europäischen Umweltagentur
30 Frankfurt am Main	Städteranking der Europäischen Umweltagentur
31 Freiburg im Breisgau	Städteranking der Europäischen Umweltagentur
32 Gelsenkirchen	Klimanotstand/Städteranking der Europäischen Umweltagentur
33 Gießen	Klimanotstand
34 Göttingen	Städteranking der Europäischen Umweltagentur
35 Greifswald	Klimanotstand
36 Haar	Klimanotstand
37 Hagen	Klimanotstand
38 Halle an der Saale	Städteranking der Europäischen Umweltagentur
39 Hamburg	Städteranking der Europäischen Umweltagentur
40 Hamm	Klimanotstand
41 Hannover	Städteranking der Europäischen Umweltagentur
42 Heideberg	Klimanotstand

Antrag verwendet an Stadt	Anlass: Klimanotstand ausgerufen und/oder deutliche Überschreitung der WHO-Empfehlungen laut EEA-Städteranking
43 Heilbronn	Städteranking der Europäischen Umweltagentur
44 Herten	Klimanotstand
45 Herford	Klimanotstand
46 Herne	Klimanotstand
47 Herzogenrath	Klimanotstand
48 Hildesheim	Klimanotstand
49 Jena	Klimanotstand
50 Kassel	Städteranking der Europäischen Umweltagentur
51 Kempten	Klimanotstand
52 Karlsruhe	Klimanotstand/Städteranking der Europäischen Umweltagentur
53 Kassel	Städteranking der Europäischen Umweltagentur
54 Kempten (Allgäu)	Städteranking der Europäischen Umweltagentur
55 Köln	Klimanotstand
56 Krefeld	Klimanotstand
57 Krefeld	Klimanotstand
58 Köln	Klimanotstand
59 Konstanz	Klimanotstand/Städteranking der Europäischen Umweltagentur
60 Landau	Klimanotstand
61 Leipzig	Klimanotstand/Städteranking der Europäischen Umweltagentur
62 Leverkusen	Klimanotstand
63 Lippstadt	Klimanotstand
64 Löhne	Klimanotstand
65 Lübeck	Klimanotstand/Städteranking der Europäischen Umweltagentur
66 Ludwigslust	Klimanotstand
67 Magdeburg	Städteranking der Europäischen Umweltagentur
68 Mainz	Klimanotstand/Städteranking der Europäischen Umweltagentur
69 Marburg	Klimanotstand/Städteranking der Europäischen Umweltagentur
70 Marl	Klimanotstand
71 Mönchengladbach	Städteranking der Europäischen Umweltagentur
72 Mülheim an der Ruhr	Klimanotstand/Städteranking der Europäischen Umweltagentur
73 München	Klimanotstand/Städteranking der Europäischen Umweltagentur
74 Münster	Klimanotstand
75 Neukirchen-Vluys	Klimanotstand
76 Neumünster	Klimanotstand
77 Neu-Ulm	Städteranking der Europäischen Umweltagentur
78 Nürnberg	Städteranking der Europäischen Umweltagentur
79 Osnabrück	Städteranking der Europäischen Umweltagentur
80 Passau	Städteranking der Europäischen Umweltagentur
81 Pfaffenweiler a. d. R.	Klimanotstand
82 Pforzheim	Städteranking der Europäischen Umweltagentur
83 Pöng	Klimanotstand
84 Potsdam	Klimanotstand/Städteranking der Europäischen Umweltagentur
85 Radolfzell am Bodensee	Klimanotstand
86 Rastatt	Klimanotstand/Städteranking der Europäischen Umweltagentur
87 Rheinfelden a.d. R.	Klimanotstand
88 Rüsselsheim am Main	Klimanotstand
89 Saarbrücken	Klimanotstand/Städteranking der Europäischen Umweltagentur
90 Speyer	Klimanotstand/Städteranking der Europäischen Umweltagentur
91 Stolberg (Rheinl.)	Klimanotstand

Antrag verwendet an Stadt	Anlass: Klimanotstand ausgerufen und/oder deutliche Überschreitung der WHO-Empfehlungen laut EEA-Städteranking
92 Stuttgart	Städteranking der Europäischen Umweltagentur
93 Tübingen	Klimanotstand
94 Tübingen	Klimanotstand
95 Trier	Klimanotstand
96 Tübingen	Städteranking der Europäischen Umweltagentur
97 Ulm	Städteranking der Europäischen Umweltagentur
98 Vöhrde	Klimanotstand
99 Warendorf	Klimanotstand
100 Wedel	Klimanotstand
101 Wismar	Städteranking der Europäischen Umweltagentur
102 Wiesbaden	Klimanotstand/Städteranking der Europäischen Umweltagentur
103 Wolfenbüttel	Klimanotstand
104 Würzburg	Klimanotstand
105 Wuppertal	Städteranking der Europäischen Umweltagentur
106 Würzburg	Städteranking der Europäischen Umweltagentur
107 Zorneding	Klimanotstand

# 70771 Leinfelden-Echterdingen – DUH-Antrag „Einführung einer Filterpflicht für Holzöfen“ v. 29.09.21



- Anmerkung: Nicht in DUH-Liste enthalten!
- Herbst 2021: Information über HAGOS an Allianz Freie Wärme und ZVSHK, dass auch in Leinfelden-Echterdingen dem DUH-Antrag Folge geleistet werden soll (Kommune steht nicht auf der DUH-Liste!)
- 30. November 2021: Gemeinsames Schreiben von GVOB und ZVSHK an den Gemeinderat
- ***Ergebnis: DUH-Antrag wird abgelehnt***

## Kommunale Eingriffe - Varianten

**Anschluss- und Benutzungszwänge für  
Fern- / Nahwärme (ggf. Gas/Strom) –  
Rechtsgrundlage: Gemeindeordnungen  
bzw. Kommunalverfassungen der Länder**

# Kommunale Eingriffe - Varianten

## Beispiel:

### **Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW)**

In der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 1. Dezember 2021 (GV. NRW. S. 1353)

# Kommunale Eingriffe - Varianten

## Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW)

### § 9 GO NRW – Anschluss- und Benutzungszwang

Die Gemeinden können bei öffentlichem Bedürfnis durch Satzung für die Grundstücke ihres Gebiets den Anschluss an Wasserleitung, Kanalisation und ähnliche der Volksgesundheit dienende Einrichtungen sowie an Einrichtungen zur Versorgung mit Fernwärme (Anschlusszwang) und die Benutzung dieser Einrichtungen und der Schlachthöfe (Benutzungszwang) vorschreiben. Die Satzung kann Ausnahmen vom Anschluss- und Benutzungszwang zulassen. Sie kann den Zwang auch auf bestimmte Teile des Gemeindegebiets und auf bestimmte Gruppen von Grundstücken oder Personen beschränken. Im Falle des Anschluss- und Benutzungszwangs für Fernwärme soll die Satzung zum Ausgleich von sozialen Härten angemessene Übergangsregelungen enthalten.

## Kommunale Eingriffe - Varianten

**Anschluss- und Benutzungszwänge für  
Fern- / Nahwärme (ggf. Gas/Strom) –  
Gemeindeordnung (GO)**

**Beispiele:**



# 33034 Brakel – Beschluss einer Fernwärmesatzung (Anschluss- und Benutzungszwang) für das Neubaugebiet Bohlenweg geplant



**Betreff:** Google Alert – Anschlusszwang

**Von:** Google Alerts <googlealerts-noreply@google.com>

**Datum:** 19.03.2022, 02:11

**An:** joerg-lenk@veh-ev.de

Google

## Anschlusszwang

Tägliches Update · 19. März 2022

Nachrichten

### Wärme kommt aus dem Holzheizwerk - Westfalen-Blatt

Westfalen-Blatt

Wärme kommt aus dem Holzheizwerk. > **Anschlusszwang** für Neubaugrundstücke in Brakel. Wärme kommt aus dem Holzheizwerk. Brakel.

# 33034 Brakel – Beschluss einer Fernwärmesatzung (Anschluss- und Benutzungszwang) für das Neubaugebiet Bohlenweg geplant



➤ 19. März 2022: Recherche im RIS:

## Beschlussvorlage

Nr. 0385/2020-2025



Gremium	Sitzungsdatum	Zuständigkeit
<b>Bauausschuss</b>	<b>17.03.2022</b>	<b>Vorberatung</b>
<b>Rat</b>	<b>24.03.2022</b>	<b>Entscheidung</b>

öffentlich

Berichterstatter: Johannes Groppe

## Beschluss einer Fernwärmesatzung (Anschluss- und Benutzungszwang) für das Neubaugebiet Bohlenweg Brakel

## 33034 Brakel – Beschluss einer Fernwärmesatzung (Anschluss- und Benutzungszwang) für das Neubaugebiet Bohlenweg geplant



### ➤ 19. März 2022: Recherche im RIS:

#### **Sachverhalt:**

Das künftige Neubaugebiet „Bohlenweg“ in der Kernstadt Brakel soll aus Gründen des Klimaschutzes und nachhaltiger Bauwirtschaft Vorgaben nur Nutzung erneuerbarer Energien und dem schonenden Umgang mit Ressourcen machen.

Aus diesen Gründen ist es erforderlich, ein projektbezogenes Fernwärmenetz mit emissionsarmen Anlagen entsprechend des EEWärmeG zu errichten.

Die Fernwärmeversorgung über die in diesem Plangebiet bereits vorhandene Fernwärmeleitung des Holzheizwerkes der GNR (Gesellschaft zur energetischen Nutzung nachwachsender Rohstoffe, Bohlenweg 3, 33034 Brakel) am Bohlenweg, wie sie im Versorgungsgebiet des Bebauungsplanes Nr. 3a, 3. Änderung umgesetzt werden soll, ist im Gegensatz zu einzelnen konventionellen Einzelfeuerungsanlagen deutlich weniger CO<sub>2</sub>-behaftet.

## 33034 Brakel – Beschluss einer Fernwärmesatzung (Anschluss- und Benutzungszwang) für das Neubaugebiet Bohlenweg geplant



### ➤ 19. März 2022: Recherche im RIS:

Durch die zu beschließende Fernwärmesatzung, welche als Anlage 1 beigelegt ist, wird zur Sicherstellung der tatsächlichen Nutzung von Fernwärme ein Anschluss- und Benutzungszwang beschlossen. Lediglich der Anschluss aller im Plangebiet zu errichtenden Gebäude trägt zur Wirtschaftlichkeit des Fernwärmenetzes bei.

Die GNR erhält auf diesem Wege die Möglichkeit, das Plangebiet mit Fernwärmeleitungen zu erschließen. Das Fernwärmenetz soll durch ein Leitungsrecht grundbuchlich gesichert werden. Der Bau des Fernwärmenetzes kann mit der Erschließung des Baugebietes erfolgen.

# 33034 Brakel – Beschluss einer Fernwärmesatzung (Anschluss- und Benutzungszwang) für das Neubaugebiet Bohlenweg geplant



## ➤ 19. März 2022: Recherche im RIS:



**Fernwärmesatzung (FWS)  
der Stadt Brakel**

**vom 24.03.2022**

## **§ 6 Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang**

Eine Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang ist nicht möglich.

# 33034 Brakel – Beschluss einer Fernwärmesatzung (Anschluss- und Benutzungszwang) für das Neubaugebiet Bohlenweg geplant



Allianz Freie Wärme | c/o J. Bähr • Krawinkeler Str. 48 | 53819 Neunkirchen-S.

Via e-Mail

an den Bürgermeister Herrn Hermann Temme,  
sowie an die Stadträte der Stadt Brakel

Geschäftsstelle Allianz Freie Wärme  
c/o BERRYCOMM  
Kommunikationsberatung  
Jürgen Bähr  
Krawinkeler Straße 48  
D-53819 Neunkirchen-Seelscheid  
Telefon: +49 2247 9001811  
Mobil: +49 171 1420060  
info@freie-waerme.de  
[www.freie-waerme.de](http://www.freie-waerme.de)  
twitter: @FreieWaerme  
facebook: @AllianzFreieWaerme

Neunkirchen-Seelscheid, 21. März 2022

**Anschlusszwang für das Neubaugebiet am Bohlenweg**

## 33034 Brakel – Beschluss einer Fernwärmesatzung (Anschluss- und Benutzungszwang) für das Neubaugebiet Bohlenweg geplant



### Ratssitzung am 24. März 2022

- TOP Ö 9: Beschluss einer Fernwärmesatzung (Anschluss- und Benutzungszwang) für das Neubaugebiet Bohlenweg Brakel
- **Beschluss:** mehrheitlich beschlossen
- **Abstimmung:** Ja: 25, Nein: 6, Enthaltungen: 1

## 33034 Brakel – Beschluss einer Fernwärmesatzung (Anschluss- und Benutzungszwang) für das Neubaugebiet Bohlenweg geplant



- Satzung ist m.E. rechtswidrig, da der begünstigte Wärmelieferant Holzheizwerk der GNR (Gesellschaft zur energetischen Nutzung nachwachsender Rohstoffe) keine öffentliche Einrichtung ist!
- Dazu gibt es einschlägige Urteile, z.B. in Sachen Biberach/Riß, Baugebiet Hochvogelstraße



# 30159 Hannover – Satzung über die öffentliche Versorgung mit Fernwärme in der Landeshauptstadt Hannover (Fernwärmesatzung Hannover) - Entwurf



Landeshauptstadt	Hannover	Beschluss- drucksache	b
In den Stadtbezirksrat Mitte In den Stadtbezirksrat Vahrenwald-List In den Stadtbezirksrat Bothfeld-Vahrenheide In den Stadtbezirksrat Buchholz-Kleefeld In den Stadtbezirksrat Misburg-Anderten In den Stadtbezirksrat Südstadt-Bult In den Stadtbezirksrat Linden-Limmer In den Stadtbezirksrat Herrenhausen Stöcken In den Stadtbezirksrat Nord In den Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss In den Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten In den Ausschuss für Haushalt, Finanzen, Rechnungsprüfung, Feuerwehr und öffentliche Ordnung In den Verwaltungsausschuss In die Ratsversammlung An den Stadtbezirksrat Kirchrode-Bemerode-Wülferode (zur Kenntnis) An den Stadtbezirksrat Döhren-Wülfel (zur Kenntnis) An den Stadtbezirksrat Ricklingen (zur Kenntnis) An den Stadtbezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt (zur Kenntnis)		Nr. 0081/2022 Anzahl der Anlagen 2 Zu TOP	

**Hier ist das Aktionsbündnis  
„Freie Wärme Niedersachsen“  
aktiv!**

**BITTE AUFBEWAHREN - wird nicht noch einmal versandt**

**Fernwärmesatzung Hannover**

**Antrag,**

die Einführung anliegender Fernwärmesatzung einschließlich Anlage (Lageplan Fernwärmeversorgungsgebiet) zu beschließen.

# 72070 Tübingen - Klimaneutral bis 2030

## ***Konzeption Fernwärmenetz-Ausbau***

- Momentan werden Vorranggebiete festgelegt, welche mit Fernwärme erschlossen werden können. Für diese Gebiete wird der Wärmebedarf ermittelt und ein grober Zeitplan für die mögliche Erschließung aufgestellt. Zudem werden, um den Anteil der Erneuerbaren deutlich zu steigern und wirtschaftlich nutzbar zu machen, die bisherigen Einzelausbaustrategien hinsichtlich Netzausbau und Erzeugungsanlagen zusammengefasst bzw. teilweise neu konzipiert.
- **Zurzeit stehen mindestens 11 Netze im Fokus!**

# Kommunale Eingriffe - Varianten

## **Die Flucht ins Privatrecht (z.B. Grundstückskaufverträge)**

**Beispiel:**

# 63739 Aschaffenburg - Energetische Standards für den Verkauf städtischer Grundstücke



Jan. 2018: Google-Alert „Feinstaub“ 

## **Zum Beschlussvorschlag (Teil 3): Feinstaub-Problematik / Feststoff-Feuerung**

*Teil 3: Einschränkung der Feststoff-Feuerung*

*Als Vorbeugung gegen die zunehmende Feinstaub-Problematik bei Feuerungsanlagen wird beim Verkauf städtischer Grundstücke der Betrieb von feststoffbetriebenen Einzelraumfeuerungsanlagen (z.B. Kaminöfen und offene Kamine) untersagt.*

*Ausnahme: zulässig sind automatisch beschickte Pelletöfen mit und ohne Wassertasche.*

# 63739 Aschaffenburg - Energetische Standards für den Verkauf städtischer Grundstücke



- Fachanwalt für Verwaltungsrecht eingeschaltet
- Verschiedene Gespräche / Schriftwechsels, federführend von Dr. Schwarz, HGF FV SHK Bayern: Aussprache am 9. Juli 2018:
- Teilnehmer Stadt Aschaffenburg: OB Herzog, Dr. Gruber (Finanz-, Umwelt- u. Ordnungsverwaltung), BM Herzing (Referat für Umwelt, Energie, Verbraucher-, Brand- u. Katastrophenschutz), Hr. Schlett (Amt f. Umwelt- u. Verbrauchersch.)
- Teilnehmer unsererseits: Dr. Schwarz (HGF FV SHK Bayern), Hr. Falger (Fachkommissionsvorsitzender OL Bayern), Hr. Heigel (OM Unterfränkische Kachelofen- und Luftheizungsbauer-Innung), Hr. Dinkel (TIW Kaminkehrer-Innung Unterfranken), Hr. Brunner (UNITI-Regionalleiter Süd), Dr. Lenk
- **Betroffener (Kläger) gesucht**
- **Information durch Herrn Falger am 25.03.2022: Stadt verzichtet auf Zwang!**

# Kommunale Wärmeplanung (Beispiel Baden-Württemberg)



Seite 92:

## 5.5.1 WERKZEUGE AUF KOMMUNALER EBENE

Während in Neubaugebieten baurechtliche Instrumente weitestgehend etabliert sind, können für den Gebäudebestand auf der strategischen Ebene nur wenige Werkzeuge herangezogen werden. Dazu gehören kommunalrechtliche Ansätze wie Verbrennungsverbote und Anschluss- und Benutzungszwänge.

# Kommunale Wärmeplanung (Beispiel Baden-Württemberg)



Seite 94:

## **ANSCHLUSS-UND BENUTZUNGSZWANG**

Die Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO BW) räumt Kommunen die Möglichkeit ein, einen Anschluss- und Benutzungszwang für Wärmenetze festzusetzen („Fernwärmesatzung“, § 11 GemO BW). Eine solche Satzung für Neubau- und Bestandsgebiete kann ein wirkungsvolles, wenn auch nicht unumstrittenes Werkzeug der Umsetzung der Maßnahmen aus der lokalen Wärmewendestrategie sein. Als Begründung für den Erlass der Satzung kann auch der Klima- und Ressourcenschutz herangezogen werden.

## **SATZUNGSRECHTLICHES VERBRENNUNGSVERBOT FÜR BRENNSTOFFE**

Für die Verfeuerung fester und flüssiger Brennstoffe kann ein satzungsrechtliches Verbot verordnet werden, so zum Beispiel die Verordnung der Landesregierung über Betriebsbeschränkungen für kleine Feuerungsanlagen (Luftqualitätsverordnung-Kleinfeuerungsanlagen)<sup>48</sup>. Die Festsetzung dieses Verbrennungsverbots erfolgt dann im Bebauungsplan (§ 9 BauGB).

# Kommunale Wärmeplanung (Beispiel Baden-Württemberg)



Seite 94:

## STÄDTEBAULICHER VERTRAG

Auf kommunalen Flächen kann der kommunale Wärmeplan Grundlage für städtebauliche Verträge sein (siehe Infobox). In diesen kann beispielsweise die Umsetzung einer dezentralen oder zentralen Wärmeversorgung oder Festlegungen bezüglich des Energiestandards der zu errichtenden Gebäude verankert werden (§ 11 BauGB).

### *Anmerkung:*

***Der Hinweis auf das in den letzten Jahren immer häufiger angewendete Instrument Anschlusszwang bzw. Verbrennungsverbot per Grundstückskaufvertrag – oft verbunden mit einer Grundbucheintragung – fehlt hier. Haben die Initiatoren aus Baden-Württemberg kalte Füße bekommen, da möglicherweise illegal?***



# Kommunale Wärmeplanung

## Baden-Württemberg: Technikkatalog



**29.03.2022**

**Karlsruhe.** Das Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg verpflichtet die großen Kreisstädte und Stadtkreise, bis Ende 2023 einen kommunalen Wärmeplan vorzulegen. Er wird vom Land finanziert. Die übrigen Gemeinden werden bei einer freiwilligen kommunalen Wärmeplanung gefördert. Ein kommunaler Wärmeplan umfasst eine systematische Analyse des aktuellen sowie des erwarteten Wärmebedarfs in der Kommune. Die Potenziale für die Nutzung von Erneuerbaren Energien, Abwärme sowie Kraft-Wärme-Kopplung werden beziffert und Eignungsgebiete für Wärmenetze oder eine dezentrale Wärmeversorgung ausgewiesen. Auch sollen Maßnahmen erarbeitet werden, mit denen sich der Wärmebedarf klimaneutral decken lässt.

# Berliner Energietage: BEE und Vku zu kommunaler Wärmeplanung



**Berlin, 04.05.2022:**

Die Bundesregierung plant die flächendeckende Einführung der Kommunalen Wärmeplanung. Hierzu soll gemeinsam mit den Bundesländern ein gesetzlicher Orientierungsrahmen geschaffen werden. Doch auch auf Ebene der Länder gibt es zahlreiche Initiativen – so etwa in Baden-Württemberg, Niedersachsen und Hessen. Der Bundesverband Erneuerbare Energie e.V. (BEE) und der Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) haben daher auf ihrer nunmehr siebten gemeinsamen Veranstaltung auf den Berlin Energietagen 2022 mit Experten über die Chancen und Herausforderungen der Kommunalen Wärmeplanung diskutiert.

# Initiatoren kommunaler Eingriffe (Beispiele)

- Landes- / Kommunalpolitiker: Wärmekonzepte
- Regionalversorger / Stadtwerke: Ausbau Wärmenetze, Anschlusszwang als Argument zur Sicherung der Wirtschaftlichkeit, Erdgasnetze nicht mehr wirtschaftlich zu betreiben
- Energieberater / Energieagenturen / Transferstellen (z.B. TS Bingen): Projektstudien, Kostenvergleiche
- Biogasanlagenbetreiber: Wirtschaftlichkeit der Anlagen herstellen
- Deutsche Umwelthilfe e.V.: Feinstaubproblematik
- andere Umwelt- und Wirtschaftsverbände
- ...

# Die Zeit ist reif für Aktionsbündnisse von Handwerk und Energiehandel auf Landesebene und in den Regionen!



Bundesland	gegründet
Baden-Württemberg (FV SHK als Initiator)	04. Mai 2015 01. Juni 2016 (als e.V.)
Hessen	26. Februar 2019
Niedersachsen	20. Juli 2021
Rheinland-Pfalz	30. März 2017
Sachsen	09. März 2015
Sachsen-Anhalt	25. Februar 2016
Thüringen	10. Februar 2016

## Was tun?

- ✓ Informieren, um rechtzeitig agieren zu können;
- ✓ Kontakt zu Stadt - / Gemeinderäten pflegen;
- ✓ Politische Arbeit (Stadtrat, Gemeinderat, berufener Bürger)
- ✓ Ratsinformationssystem nutzen;
- ✓ Verbündete suchen: OL-Handwerk, SHK-Handwerk, Schornsteinfeger-Handwerk, Energiehandel, Produzenten; Bürgerinitiativen;
- ✓ Kontakt zu Handwerkskammer bzw. Industrie- und Handelskammer pflegen;
- ✓ Kontakt zum jeweiligen Verband pflegen;
- ✓ Aktionsbündnisse auf kommunaler und Landesebene nutzen bzw. gründen
- ✓ Unterstützung durch die Allianz Freie Wärme nutzen

## Anmerkung

- Diese Präsentation stellt keine rechtliche Beratung dar.
- Die Weitergabe dieser Präsentation oder von Teilen hieraus an Dritte ist nur mit der schriftlichen Zustimmung des Verfassers gestattet.
- Alle Angaben ohne Gewähr.

**Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!**

**Kontakt Daten:**

Dr.-Ing. Jörg Lenk

Referent für Technik und Umweltfragen / VEH e.V.

Jahnstraße 27 / 34233 Fulda

Tel.: 05 61- 81 69 604 / Fax: 05 61- 81 69 605

Mobil: 01 71-26 78 470 / Mail: [joerg-lenk@veh-ev.de](mailto:joerg-lenk@veh-ev.de)